RS Vwgh 1991/10/21 90/12/0324

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 21.10.1991

Index

001 Verwaltungsrecht allgemein

63/02 Gehaltsgesetz

65/01 Allgemeines Pensionsrecht

66/02 Andere Sozialversicherungsgesetze

Norm

BKUVG §47;

GehG 1956 §13a;

PG 1965 §27 Abs5;

PG 1965 §38 Abs1;

PG 1965 §39 Abs1;

VwRallg;

Rechtssatz

Obwohl eine Meldepflichtverletzung nur die objektive und nicht die subjektive Erkennbarkeit des Eintritts eines Meldefalles voraussetzt, bedingt dies nicht die völlige Außerachtlassung der subjektiven Faktoren. Vielmehr muß der Meldepflichtige bei Anwendung eines durchschnittlichen Maßes an Sorgfalt - wieder objektiv beurteilt und nicht nach seinem subjektiven Wissen - die Bedeutung eingetretener Tatsachen für den Verlust oder die Minderung seines Anspruches bzw die Möglichkeit einer anderen Interpretation von Normen erkennen können. Das aber setzt die Geschäftsfähigkeit des Meldepflichtigen voraus, die freilich nicht schon durch jede körperliche oder geistige Behinderung beseitigt wird (Hinweis E 22.5.1989, 88/12/0067).

European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:1991:1990120324.X05

Im RIS seit

11.07.2001

Quelle: Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>